SAF
SCHWEIZER ALLIANZ FÜR FREIHEITSRECHTE
Dem Rechtsstaat verpflichtet. Der Freiheit verbunden.

SAF NEWSLETTER

Ausgabe 01 · 23. Oktober 2026

Thomas Odermatt

AKTUELLES

Drohnenüberwachung in St. Gallen auf dem Prüfstand

Im Kantonsrat St. Gallen wurde die rechtliche Grundlage für den Einsatz von Polizeidrohnen zur Verkehrsüberwachung kritisch hinterfragt. Die Diskussion betrifft zentrale Fragen zu Grundrechten, Verhältnismässigkeit und Transparenz.



1. Kurzüberblick

- Im Kantonsrat St. Gallen wurde der Einsatz von Polizeidrohnen zur Verkehrsüberwachung thematisiert.
- Im Zentrum stehen die rechtliche Grundlage, der Schutz der Privatsphäre und die Verhältnismässigkeit.

> *Moderne Überwachungstechnologie erfordert klare gesetzliche Grundlagen, Transparenz und den strikten Schutz der Grundrechte.*

2. Wichtige Entwicklungen

Am 19. Oktober 2026 wurde im Kantonsrat St. Gallen die parlamentarische Anfrage 61.26.80 eingereicht. Sie stellt die rechtliche Grundlage für den Einsatz von Polizeidrohnen zur Verkehrsüberwachung in Frage. Thematisiert werden insbesondere der Schutz der Privatsphäre, die Verhältnismässigkeit des Einsatzes sowie die Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Die Anfrage verlangt vom Regierungsrat unter anderem Auskunft über die gesetzliche Basis, die Einsatzpraxis und die datenschutzrechtlichen Vorgaben.

3. Bedeutung für die SAF-Petition

Die Diskussion im St. Galler Kantonsrat ist für die SAF-Petition gegen die polizeiliche Geschwindigkeitsüberwachung mit Drohnen von grosser Bedeutung. Sie zeigt, dass zentrale rechtliche und grundrechtliche Fragen auch auf politischer Ebene ernst genommen werden und der Einsatz von Drohnen nicht unkritisch ist.

Quellen

- Kanton St. Gallen – Ratsinformationssystem
- St. Galler Tagblatt
- SRF

SAF
SCHWEIZER ALLIANZ FÜR FREIHEITSRECHTE
Dem Rechtsstaat verpflichtet. Der Freiheit verbunden.

SAF NEWSLETTER

Thomas Odermatt

1. Stellungnahmen

Verschiedene Rechtsexpertinnen und Rechtsexperten haben sich in der aktuellen Diskussion zu Wort gemeldet. Sie fordern eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Polizeidrohnen, mehr Transparenz über Zweck, Umfang und eingesetzte Technologien sowie einen wirksamen Schutz der Privatsphäre. Ohne diese Voraussetzungen sei der Einsatz problematisch und mit den verfassungsrechtlichen Grundrechten nur schwer vereinbar.

> *«Der Einsatz von Drohnen zur Verkehrsüberwachung ist nur dann rechtlich zulässig, wenn er auf einer klaren gesetzlichen Grundlage beruht, transparent ausgestaltet ist und die Privatsphäre wirksam schützt.»*
>
> *Einschätzung von Rechtsexpertinnen und Rechtsexperten*

2. Rechtliche Einordnung

Die gezielte Überwachung des Strassenverkehrs mit Drohnen wirft verschiedene rechtliche Fragen auf. Insbesondere stehen die Verhältnismässigkeit des Eingriffs, die Bearbeitung von Personendaten sowie die Rechte unbeteiligter Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Zentrum. Der permanente oder wiederholte Einsatz von Drohnen kann zu einer weitreichenden Erfassung von Bewegungsdaten führen, was hohe Anforderungen an die Rechtmässigkeit, Zweckbindung und Datensicherheit stellt.



3. Thurgau: Stand der Dinge

Seit der aktuellen Diskussion konnten keine neuen, bestätigten rechtlichen Änderungen im Kanton Thurgau identifiziert werden. Die frühere gerichtliche Auseinandersetzung zum Einsatz von Polizeidrohnen bleibt jedoch weiterhin von Bedeutung. Sie zeigt, dass die rechtliche Zulässigkeit, der Schutz der Grundrechte und die Verhältnismässigkeit dieses Einsatzmittels auch in der Vergangenheit intensiv geprüft und kritisch beurteilt wurden.

4. Ausblick für die SAF

Die aktuelle politische Debatte bietet der SAF-Petition eine wichtige Gelegenheit, die Forderung nach klaren gesetzlichen Regelungen, demokratischer Kontrolle und einem wirksamen Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte zu bekräftigen. Die Diskussion in St. Gallen zeigt, dass der Einsatz von Drohnen nicht nur eine technische, sondern vor allem eine rechtsstaatliche und gesellschaftliche Frage ist.
Die SAF wird die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und den Dialog auf politischer und rechtlicher Ebene weiterführen.

Nächste Schritte

- Öffentliche Kommunikation weiterführen
- Antwort des Regierungsrates beobachten
- Petition weiter stärken